

Betreff: Entschärfung der „Teilzeit-Falle“



GRAZ

Gemeinderatsklub

A-8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at

DRINGLICHER ANTRAG

**an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Michael Ehmann
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 21. September 2017**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Teilzeitfalle“ – das ist leider ein sehr treffender Begriff, wenn es darum geht, die Für und Wider von Teilzeit-Beschäftigungsverhältnissen zu umreißen. Eines gleich vorweg: Überwiegend sind es Frauen, die Teilzeitjobs annehmen, und was vielleicht kurzfristig durchaus Vorteile aufweisen mag, wird mittel- und längerfristig häufig zum unfreiwilligen Klotz am Bein der Betroffenen.

Dass mit Teilzeit eine eigenständige Altersversorgung quasi unmöglich ist, wird von jenen, die Teilzeit als Chance anpreisen, meist geflissentlich übersehen. Das traurige Ergebnis zeigt sich in nackten Zahlen: In Österreich liegt der Pensionsbezug von Frauen um alarmierende 43 Prozent unter jenem der Männer – WEIL es eben überwiegend Frauen sind, die in Teilzeitbeschäftigungen gedrängt werden, auch wenn sie viel lieber Vollzeitjobs hätten, also Jobs, von denen man leben kann. Denn Teilzeitarbeit ist leider in vielen Fällen keine Arbeit, von der eine Alleinverdienerin, eine Alleinerzieherin leben kann. Viele Betroffene sind, um überhaupt überleben zu können, trotz ihrer Arbeit sogar auf begleitende Unterstützung über die Mindestsicherung angewiesen; ähnliches gilt für jene, die nach ihrer Teilzeitbeschäftigung in Pension gehen: Sie haben dann eine Pension, von der sie noch weniger leben können.

Teilzeit per se ist selbstverständlich nichts Schlechtes – jedenfalls dann nicht, wenn es die Beschäftigten selbst wollen, wenn sie es sich leisten können und wollen. Wenn sie die Wahl haben, zwischen Teilzeit und Vollzeitbeschäftigung. Doch genau das ist nicht bzw. nicht immer der Fall – und leider ist auch das Haus Graz in dieser Hinsicht kein gutes Beispiel, wiewohl in vielen anderen Bereichen, die die Stadt als Arbeitgeberin sehr wohl für die sogenannte freie Wirtschaft beispielgebend sein kann.

Doch leider sind es auch im Haus Graz zu einem nicht geringen Ausmaß Frauen, die in unfreiwillige Teilzeit gedrängt werden – etwa in der Kinderbetreuung, in der Parkraumüberwachung oder, und hier noch dazu in erschreckend drastischer Form, in der Reinigung: Wir reden da von 50 Prozent-Beschäftigungsverhältnisse mit Arbeitszeiten, die sogar einen Zweitjob, im Grunde genommen ohnedies etwas Diskussionswürdiges, verunmöglichen. Allerdings: MitarbeiterInnen, die es „billiger“ geben müssen, die einen schlechteren Kollektivvertrag haben, denen gewährt man freundlicherweise

die Chance auf ein höheres Beschäftigungsausmaß - nicht den dienstzugewiesenen KollegInnen, so viel sie auch darum bitten. Was eines zeigt: Teilzeit ist keine organisatorische Frage – es geht primär um Gewinne, Bilanzen, Unternehmensinteressen. Und dann passieren oft die abstrusesten Dummheiten: So macht zum Beispiel die zunehmende Zahl an Nachmittagsbetreuungen an Schulen die Ausweitung der Reinigung notwendig – aber nicht, dass dann etwa die „alte dienstzugewiesene“ Stammkraft, die ohnedies gerne wenigstens eine Stunde mehr arbeiten möchte, das übernehmen darf – nur für diese eine Stunde lässt die GBG lieber eine andere nicht-dienstzugewiesene Kollegin von irgendwo herankarren und stockt deren Dienstverhältnis um eine zusätzliche Stunde auf.

Ein Beispiel, das nachdenklich stimmt und vor allem ein Beispiel, das für die öffentliche Hand als Dienst- und als Beispielgeber kein Ruhmesblatt ist. Vielmehr wäre es dringend erforderlich, diese Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse insofern zu überdenken, als überall dort, wo Bedienstete eine Vollzeitbeschäftigung anstreben, diese nach Möglichkeit kurz- oder mittelfristig auch angeboten wird: Damit alle Bediensteten im Haus Graz die Chance auf eine Arbeit haben, von der sie auch leben können. Wo ein Wille ist, da sollte auch der entsprechende Weg gefunden werden, und das natürlich unter Einbindung aller verantwortlichen Stellen im Haus Graz sowie von Personalvertretung und Betriebsrat – denn unterm Strich und im Gesamten muss das ja mittel- und längerfristig keineswegs mit Mehrkosten verbunden sein

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Der Beteiligungsreferent wird ersucht, Lösungsmodelle zu überlegen, wie dieses Ziel, dass Teilzeitbeschäftigte, die Vollzeit arbeiten wollen, auch tatsächlich ein entsprechendes Beschäftigungsausmaß erhalten können, erreicht werden kann. Ein entsprechender Bericht ist dem GR bis Dezember dieses Jahres vorzulegen.